

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 18.

Leipzig, den 1. Mai.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 $\frac{1}{2}$ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren **G. Hofmann**, Brühl 40, **Nichter**, Peterssteinweg 7, **Leipziger Consumverein**, Universitätsstraße, und die **Expedition d. Blattes** in der Wohnung des Herrn **H. Bebel**, Petersstraße 18. Für Dresden Filiale Expedition (interimistisch) **M. Sendel**, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika &c. die deutsche Buchhandlung von **Franz Thimm**, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: **H. Duenjng**, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Theodor Dischhausen. — Die Segnungen des Nordbunds. — Collectiv-Eigenthum. — Die Lehren der Meyerei von Seraing. — Der erste Verbandstag der Sächsischen Consumvereine. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. New-York, Wien, Gladbach, Berlin, Neuchâtel, Dorichennig, Zürich, Schmöln, Mülsen, Stollberg, Hornersdorf, Crimmitschau, Leipzig. — Anzeigen. — Beilage: Eine Bartholomäusnacht der Bourgeoisie. — Aus England.

Politische Uebersicht.

Noch hat man sich in Berlin nicht von dem Schlag erholt, welcher der preussischen Politik durch die jüngsten österreichischen Enthüllungen versetzt wurde, und schon droht ein neuer Schlag: nach einer Depesche aus Wien wird die österreichische Regierung in dem Generalstabsbericht des Feldzugs von 1866 auch die Verhandlungen Bismarcks mit den Ungarn und den Italienern veröffentlichen. Man sieht daraus, daß die österreichische Regierung entschlossen ist, Preußen um jeden Preis moralisch zu vernichten. Weiteres steht bevor. Alles läßt schließen, daß die Geheimnisse von Biarritz die längste Zeit Geheimnisse waren.

Was die in unserer letzten Nummer abgedruckte Depesche Bismarcks an Herrn von der Goltz angeht, so beweist sie — die Aechtheit ist von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eingestanden — nicht nur auf das Unumstößlichste, daß Preußen 1866 bloß „Hohenzollernsche Hausmachtspolitik“ getrieben hat, sondern wirft auch ein gar schiefes Licht auf den Charakter des „ritterlichen“ Königs Wilhelm. Dieser selbige König Wilhelm, der am 20. Juli 1866 — Datum der Depesche — laut den Worten seines ersten Ministers „vor Allem Werth auf Annexionen legte“, versicherte 13 Monate später, am 17. August 1867, der bekannten hannoverschen Deputation: „Ich sehe mich veranlaßt, Ihnen ausführlich die Gründe darzulegen, welche mich wahrlich gegen meine ursprüngliche Ueberzeugung, und nach wiederholten schweren Kämpfen mit meinem Wunsche, die vollständige Souveränität meiner früheren Genossen im Deutschen Bunde fortbestehen zu lassen, zu dem jetzt bereits in der Ausführung begriffenen und somit unwiderruflichen Beschluß genöthigt haben, Annexionen vorzunehmen. — Ich ertheile Ihnen nochmals die feste Versicherung, daß meine Pläne nie darüber hinausgegangen sind, moralische Eroberungen zu machen, und daß, wenn ich als 70jähriger Mann zu gewaltthätigen Eroberungen übergehe, ich dies nur thue, gezwungen durch die Macht der Verhältnisse.“

Look on this picture and on this — man blicke auf dieses Bild und auf jenes: dort der „ritterliche“ König Wilhelm, der „vor Allem Werth auf Annexionen legt“; hier der „ritterliche“ König Wilhelm, der sich nur „nach wiederholten Kämpfen“, nur „gezwungen durch die Macht der Verhältnisse“ zu Annexionen entschließt. Ein Kommentar wäre Majestätsbeleidigung.

Was wir vorige Woche über den „praktischen Friede“ der Enthüllungen sagten, ist seitdem von Niemand Angerem, als dem Grafen Bismarck bestätigt worden. Von Hrn. Zwe-

sten demüthig gebeten, dem Reichstag doch dann und wann diplomatische Aktenstücke (ein „Blaubuch“) mitzutheilen, erklärte Graf Bismarck u. A.:

„In brennenden Fragen ist es von höchstem Werthe, sich die Theilnahme der öffentlichen Meinung schnell in der Richtung, in der man ihrer bedarf, zu sichern. Nun, meine Herren, wenn Fragen erst brennend werden, glaube ich, geschieht das auch regelmäßig, selbst wenn das Parlament nicht versammelt ist. Ich erinnere sie an die Zeit, wo brennendere Fragen vorlagen, als jetzt, an die Jahre 1864 und 1866, an die Zeit des Frankfurter Fürsten-Kongresses. Da wurden die Depeschen Schlag auf Schlag täglich in den amtlichen Blättern veröffentlicht. Sie können, wenn wir anfangen, Depeschen zu veröffentlichen, es fast immer als ein Symptom einer ziemlich ernstern Situation ansehen, welche anfängt zwischen uns und den Regierungen, an welche die Depesche gerichtet ist, sich zu entwickeln. Es ist der Ausdruck des Wunsches, daß das Publikum Kenntniß davon nehme, wie die Sachen liegen, weil wir entschlossen sind, dieselben weiter zu verfolgen auf die Gefahr hin, daß wir die Betheligung der öffentlichen Meinung in ihrer vollen Kraft bedürfen würden. Diese Regel ist natürlich keine allgemeine. Es gibt Depeschen, welche überhaupt keine Bedeutung haben. Aber wenn etwas empfindliche Depeschen anfangen, in die Öffentlichkeit zu kommen, so ist das ein Symptom sehr ernstern Art, wenn es zwischen großen Regierungen vorkommt.“

Daß Graf Bismarck hierbei an die österreichischen Enthüllungen gedacht hat, wird wohl nicht in Abrede gestellt werden können. Bemerket sei noch, daß der edle Graf dem Wunsch Zweifels zu willfahren versprach, jedoch mit dem Zusatz, daß er die zu veröffentlichenden Aktenstücke dann „unschädlich“ machen, mit anderen Worten, sie — wie sollen wir uns doch ausdrücken, um mit dem Strafgesetzbuch nicht in Collision zu kommen? — sie — abändern und „zurechtzulegen“ werde.

Da wir gerade bei den „Enthüllungen“ sind, sei ferner erwähnt, daß der österreichische Generalstabsbericht auch die bayrische Regierung schwer belastet, welche 1866 von Preußen die Abtretung österreichischen Gebiets verlangt habe.

Beiläufig kündigen die Bismarckschen Goldschreiber Gegenenthüllungen an. Man hätte sie besser gleich gebracht. Wer in dieser Weise droht, zeigt, daß er seine Drohungen nicht zu verwirklichen vermag.

In seiner bei Gelegenheit des Münster-Zweifelschen Antrags gehaltenen „Rede“ pries Graf Bismarck u. A. die Nothwendigkeit der Dezentralisation, die Unmöglichkeit des Einheitsstaats und die Vortheile der Kleinstaater. Wir könnten und können in dieser Auslassung nur einen Beweis für das fortdauernde „Nervenleiden“ des Grafen erkennen; denn bietet auch die Furcht vor Frankreich einen greifbaren Beweggrund, so würde sie doch bei ungestörter — Nerventhätigkeit des Sprechers nimmermehr zu einer solchen Selbstanlage und Selbstverurtheilung haben führen können. Die französische Presse nimmt natürlich keine menschenfreundlichen Rücksichten auf den „kranken Mann“, dessen Schwäche sie nur zu desto boshafteren Angriffen reizt, und hält ihm unbarbarisch den Spiegel seiner Vergangenheit vor. Ein Regierungsblatt, der „Constitutionnel“, schreibt:

„So denkt heute über die Einheit Deutschlands der Staatsmann, welcher seit 1862 an der Spitze des Ministeriums der auswärtigen An-

gelegentlich in Preußen steht. In diese 14jährige Periode fällt der Congreß der Souveräne 1863 zu Frankfurt, welcher die Reform des Bundes von 1815 auf föderativer Grundlage anstrebte, eine Reform welche Preußen als dem Einheitsbedürfnis der Nation nicht Genüge leistend, verwarf; ferner der dänische Krieg, der die Autonomie Schleswig-Holsteins begründete, aus diesen Ländern aber eine preussische Provinz gemacht hat; endlich unter dem Ministerium Bismarck der kurze aber blutige Krieg, durch welchen 4 jener deutschen Staaten verschwanden, deren Verdienste der Bundesstanzler soeben vom Standpunkte des materiellen wie intellectuellen Fortschritts so gepriesen hat. Man hat diese vier Staaten gerade um der Einheit Deutschlands willen confiscirt, die jetzt Hr. von Bismarck als weder nützlich noch historisch bezeichnet; man hat einen Bund vernichtet, der ganz Deutschland umfaßte und der die Autonomie jedes Einzelstaates proklamirte, ganz so wie dies in Nordamerika und in der Schweiz der Fall ist. Voraussetzungen und unparteiische Intelligenzen haben Jahre lang die weisen Doctrinen vertheidigt, zu denen sich jetzt der preussische Premier bekennt, man stieß sie, als Preußen und Deutschland, feindlich zurück.

Der Vergleich des deutschen Bundes mit der Schweiz und dem großem amerikanischen Freistaat hinkt allerdings sehr stark, aber im Ganzen ist die Kritik durchaus treffend, und daß keins unsrer nationalliberalen oder fortschrittlichen Blätter Ähnliches zu schreiben gewagt hat, kennzeichnet recht deutlich die Bekommenheit der großpreussischen Bourgeoisie, der Graf Bismarck in jener „Rede“ so harte Backenstreiche versetzt hat.

Mit Genugthuung melden die preussischen Blätter, daß die Zerstörung der Festung Luxemburg rasche Fortschritte mache. So weit ist es mit dem „deutschen Großstaat“ gekommen, daß er es als einen Sieg preist, wenn eine deutsche Festung nicht von den Franzosen genommen, sondern bloß — in die Luft gesprengt wird. Mit demselben Recht könnten die preussischen Zeitungen es als einen Sieg ausposaunen, wenn der ganze Nordbund gelegentlich in die Luft fliegt. (Freilich ein Deutscher Sieg wäre das!) Mit der „Zerstörung“ der Luxemburger Werke hat es übrigens seine eigene Schwandtheit; wie schon früher angedeutet, werden bloß einige Schanzen und sonstige unwichtige Festungsbauteile zerstört, während die Hauptwerke, deren Zerstörung bei der natürlichen Festigkeit des Plazes Jahre erfordern würden, unberührt bleiben. Wenn die Franzosen heute in Luxemburg einziehen, so haben sie sofort eine feste Position und können die Stadt binnen 8 Tagen in besten Verteidigungszustand setzen.

Neueste „Segnungen“ des Nordbundes, 6, schreibe sechs neue Steuern! Die Steuerjagd war also erfolgreich. Glückliche „Steuerbrüder“!

Die Reichstagsdebatten über die Gewerbeordnung sind nur insofern von Interesse, als sie diejenigen Arbeiter, welche noch Hoffnungen auf den „Reichstag“ setzten, gründlich von ihrem Irrthum geheilt haben müssen.

Der Beschluß über die Titel-Verantwortlichkeit der Zukunftsbundes-Minister ist im Papierkorb des Bundesraths begraben worden. Die armen Nationalliberalen werden blutige Thränen weinen. Und wahrhaftig, Graf Bismarck hätte ihnen doch ihr harmloses Spielzeug lassen sollen!

Man schreibt uns: „Im Berliner Reichstag angenehme Abwechslung: je einen Tag beräth man über die Freiheit des Gewerbetriebs, den andern Tag über eine neue Methode, ihn zu besteuern. Als ob noch von „Gewerbefreiheit“ die Rede sein könnte, wenn das Rohmaterial, die Betriebsmittel, der Grund und Boden, die Lebensmittel, der Kredit, kurz alles, was zum Gewerbe gehört, durch eine unerschwingliche Last von Abgaben künstlich vertheuert, und so den wenig besitzenden Arbeitern die Errichtung eines selbstständigen Geschäfts ganz unmöglich gemacht wird! In der Sache selbst bleibt es für den Arbeiter ganz gleich, ob ihm sein natürliches Recht auf gewerbliche Freiheit und Selbstständigkeit durch mittelalterliche Zunftgesetze geraubt wird oder durch den Steuerdruck des modernen Cäsarismus!

Da man voraussetzt, daß höhere Besteuerung des Branntweins die Fabrication desselben erheblich abnehmen lassen und so den Gesamt-Ertrag der Abgabe vermindern, dagegen die großen Landwirthe auf die Erzeugung von Bier hinkentend wird, so hat man (nur hübsch konsequent!) den Reichstag, und nicht minder das Land, mit dem Projekt einer neuen Bier-

steuer überrascht. Das Bier, dieses namentlich für den städtischen Arbeiter so unentbehrliche Nahrungsmittel, ist bereits dreifach besteuert, erstens im landwirthschaftlichen Product, zweitens im Braumalz, drittens in der Gewerbesteuer. Ehe es getrunken wird, soll es also zukünftig erst noch zum vierten Mal das Näderwerk des norddeutschen Bundes drehen helfen. Ist es da zum Verwundern, wenn immer mehr Leute den Staub von den Füßen schütteln und sich ein neues Vaterland suchen? Abermals ist in den Auswanderungslisten die Zahl Derer um volle 50,000 gewachsen, denen die Lust, an der Norddeutschen Bundes-Ehre und an dem Militär-Budget mittragen zu helfen, gründlich vergangen ist. Alle können wir aber nicht nach Amerika; was werden da mit der Zeit die Zurückbleibenden thun müssen? — — — — —

In Baiern bereitet sich die Volkspartei auf die nächsten Landtagswahlen vor. Nach dem „Münchener Anzeiger“ wird sie keinen Candidaten aufstellen oder unterstützen, der nicht folgendes Programm unterschreibt:

„Die Volkspartei erstrebt in der deutschen Frage die freie Vereinigung aller deutschen Stämme zu einem auf Volkssouveränität beruhenden Bundesstaat.

Die nächsten Aufgaben, deren Lösung in der Abgeordnetenversammlung erstrebt werden soll, sind: Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung für jede Art politischer Vertretung; Revision der Staatsverfassung nach den Grundsätzen der Selbstregierung und Selbstverwaltung; vollständige Trennung des Staats, mithin auch der Schule, von der Kirche; Verweigerung aller Mittel für stehende Heere, Einführung des Milizsystems; Aufhebung aller Vorrechte der Geburt, des Standes und des Besitzes; Beseitigung des Gesetzes über Vereine und Versammlungen; Herstellung voller Vereins- und Versammlungsfreiheit; Revision des Gesetzes über die Presse, welche von allen Beschränkungen und Bedrückungen befreit werden soll; Verantwortlichkeit der Beamten, Beseitigung des Pensionswesens; Freigebung der Advokatur ohne Lokalisierung und ohne Anwaltszwang; Schaffung eines einheitlichen Civilgesetzes; Besserung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen, durch gerechte Vertheilung der Steuern, nämlich Aufhebung der indirekten Steuern, Einführung einer progressiven Einkommen- und Kapitalsteuer; durch unentgeltlichen Unterricht in allen öffentlichen Bildungs-Anstalten; durch vollkommene Koalitionsfreiheit, Festsetzung eines Normalarbeitstags und ein Fabrikgesetz zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter.“

Das ziemlich liberale Unterrichtsgesetz, welches dem österreichischen Reichsrath unterbreitet ist, hat zu einem „parlamentarischen Strike“ der polnischen, slovenischen und tyroler Abgeordneten Veranlassung gegeben. Die Polen haben konstitutionelle Bedenken; sie behaupten, der Entwurf greife in die Kompetenz der Einzellandtage ein, was Unsinn ist. Die Slovenen und Tyroler haben an dem Entwurf auszusetzen, daß er den Pfaffen die Hauptquelle ihres Einflusses zu entziehen sucht. Indes ist der Reichsrath trotz der Nichtanwesenheit der betreffenden Abgeordneten beschlußfähig geblieben und hat das Unterrichtsgesetz in dritter Lesung mit 111 gegen 4 Stimmen angenommen.

Die Verfolgung der Sozialdemokraten dauert fort.

Am 26. April wurde der ungarische Reichstag von dem Kaiser-König in Person eröffnet. Die Thronrede ist reich an schönen Worten, und macht sich unter Andern den Spas, den Ausgleich mit Ungarn, der durch die jüngsten Wahlen einen so harten Stoß erlitten hat, als „sichere Grundlage“ zu bezeichnen.

Die belgisch-französische Frage steht auf dem alten Fleck. Einem Gerücht zufolge hätte die belgische Regierung eine Conferenz der Schugmächte vorgeschlagen. Bekanntlich sind Conferenzen dazu da, Schwierigkeiten zu konstatiren (festzustellen), nicht, sie zu lösen.

Wahlbewegung in Frankreich, mit obligaten Kriegsrüstungen und Demagogenhezen.

Theodor Olshausen.

In Spanien gewinnt die republikanische Partei immer mehr Boden, wie u. A. aus dem Umstand erhellt, daß 10 soeben vorgenommene Nachwahlen für die Nationalversammlung sämmtlich zu Gunsten der Republikaner ausgefallen sind, die alle ihre früheren Sitze behauptet und den Monarchisten vier neue abgewonnen haben. Am meisten freuen sich die Republikaner über ihren Wahlsieg in Tarragona, wo bei der ersten Wahl Prim (der auch in Madrid gewählt ist, welches er in den Cortes vertritt) und der im Duell gebliebene Celestino Dlozaga, einer der ausgesprochensten Gegner der Republikaner, eine große Mehrheit erhalten hatten, während diesmal die Republikaner je 10,000, die Monarchisten bloß 1000 Stimmen bekamen.

Die Cortesdebatten werden von Tag zu Tag stürmischer, die Entscheidung der Frage: Republik oder Monarchie? ist nicht mehr lange hinauszuschieben. Daß sie nicht im parlamentarischen Kampf erfolgen kann, ist jedem Vernünftigen klar.

Die italienische Regierung ist wacklig — sie fabrizirt Verschwörungen, durch welche sie sich das Philistertum in die Arme zu treiben hofft. Mag sein, daß ihr das gelingt, aber wann hätten die Angstmänner je eine Regierung in der Stunde der Gefahr unterstützt? Sie haben zwar gute Wünsche, allein leider eine unüberwindliche Scheu vor dem Pulvergeruch.

Es heißt, unter den italienischer Republikanern sei eine Spaltung ausgebrochen, ein Theil habe sich gegen Mazzini für föderalistische*) Prinzipien erklärt. Soll wohl heißen, autonomistische**). Denn eine Föderativ-Republik scheint uns in Italien ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. Und genügt denn etwa die Autonomie nicht? Wozu besondre Staaten, wenn die Gemeinden, Kreise und Provinzen das Recht der Selbstverwaltung haben, in soweit es nicht den allgemeinen Staatsinteressen widerspricht?

Der amerikanische Senat hat den Alabamavertrag mit allen gegen Eine Stimme verworfen. Das heißt: das Volk der Vereinigten Staaten besteht auf seinem Recht, und wird zu England nicht eher in ein freundschaftliches Verhältniß treten, als bis die englische Regierung ihr Unrecht anerkennt und den Amerikanern volle Entschädigung für die Verluste gewährt hat, welche dem amerikanischen Handel durch die Ausrüstung der Alabama und anderer südstaatlicher Raubschiffe in englischen Häfen erwachsen sind. So lange England diese Entschädigung vorenthält, muß es darauf gefaßt sein, daß die Vereinigten Staaten bei irgend einem günstigen Anlaß die erlittene Unbill empfindlich rächen. Da die amerikanische Republik die Macht hat, sich zu rächen, ist es nicht zu verwundern, daß John Bull Gewissensbisse zu fühlen beginnt.

Der Züricher Correspondent der „Zukunft“ schreibt: „Gestatten Sie mir vorab ein Wort der Trauer für einen lieben alten Freund. Im Januar Georg Fein, im März Theodor Olshausen, — die kleine Zahl der deutschen Männer nimmt rasch ab. Olshausen kämpfte fast ein halbes Jahrhundert lang für Freiheit und Vaterland und je älter, desto entschiedener wurde er. Er hielt sich fern ab von denen, die das goldene Kalb des Erfolges, der noch dazu keiner ist, umtanzen. „Die alte Garde stirbt, aber sie ergiebt sich nicht.“ In den letzten Jahren war Olshausen ein geschätztes und thätiges Mitglied des Vereins der deutschen Republikaner in der Schweiz. Seine letzte Schrift: „Die deutsche Lebensfrage“ kann als sein Vermächtniß gelten. Hier einige Sätze daraus: „Der Konstitutionalismus ist nichts als eine Farce, die in den Kammern immer von Neuem vor dem Volke aufgeführt, aber sofort wieder eingestellt wird, sobald das Volk und seine Vertreter mit den ihm immer nur noch kümmerlich zugetheilten Rechten Ernst zu machen versuchen.“ — „Deutschland kann weder durch seine Fürsten noch mit ihnen Freiheit und Einheit erlangen, so wenig wie mit dem Papst an der Spitze die kirchliche Reformation durchgeführt werden konnte.“ — „Die Selbstregierung des Volkes erträgt keine fürstliche Macht an der Spitze.“ — „Wir haben zu erstreben einen festen, alle deutschen Staaten umfassenden Nationalverband und eine auf den Grundjag der Rechtsgleichheit gebaute republikanische Verfassung.“

Die Segnungen des Nordbundes.

Der Berliner „Reichstag“ hat in seiner letzten Sonnabend-Sitzung das Budget für 1870 in zweiter Lesung genehmigt und zwar mit allen gegen 10 oder 12 Stimmen der Linken und äußersten Linken. Der größere Theil der Herren Fortschrittsmänner hat, wie man das bei diesen Herren gewohnt ist, ungeachtet der lebhaften Rede, die in ihrem Namen Herr von Hoberbeck für die Entwaffnung hielt, ihr Ja und ihren Segen dazu gegeben.

Wir haben keinen Grund, die höchst lahme und jedes Schwungs entbehrende Debatte, welche sich über das Budget entspann und bei der die national-liberalen Borthelden die altbekannten Phrasen zum so und so viel malsten ableierten, unsern Lesern vorzuführen, halten uns aber um so mehr verpflichtet, die Zahlen aufmarschieren zu lassen, welche die norddeutschen Steuerbrüder im Jahre des Heils Eintausend acht-hundert sieben und sechzig zu Ehren der heiligen Militaria aufzubringen haben.

Die Gesamtausgabe des Nordbunds soll in diesem Jahr, vorausgesetzt daß das übliche Deficit wirklich nicht eintritt, 75,958,495 Thlr. betragen; von dieser Summe werden 73,711,165 Thlr. für Militär und Marinezwecke ausgegeben! Mein Liebchen was willst Du mehr?

Diese Ausgaben werden aufgebracht durch die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, und zwar ist bei den letzteren der Ertrag der Rübenzuckersteuer mit 7,573,800 Thlrn., der Salzsteuer mit 8,115,340 Thlrn., der Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe vom Branntwein mit 9,693,920 Thlrn., der Brau- und Biersteuer mit 2,737,650 Thlrn. aufgeführt. Nicht gedeckt werden durch die Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern und durch die Ueberschüsse des Post- und Telegraphenwesens 25,754,723 Thlr., die durch sogenannte Matrikularumlagen aufgebracht werden sollen, d. h. jeder Staat hat außer dem Verlust an den obengenannten Einnahmen noch eine besondere Summe nach Höhe der Kopffzahl der Bevölkerung aufzubringen. Sachsens Anteil bei diesen Matrikularumlagen beträgt beispielsweise 2,329,293 Thlr., was auf jeden Kopf der Bevölkerung rund 1 Thlr. macht.

Mit dieser Art Einnahmen reicht aber der Nord-

Bon J. S. Eccarius***), Mitglied des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation, erscheint nächstens im Verlag von A. Eichhoff in Berlin eine national-ökonomische Broschüre, auf die wir die Arbeiter im Voraus aufmerksam machen. Es ist eine vernichtende Kritik des „großen“ Bourgeois-Ökonomen J. St. Mill und der ganzen Bourgeois-Ökonomie, und — der Verfasser ist Arbeiter — ein glänzender geistiger Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie.

*) Bundesstaatliche.
 **) Autonomie, Selbstregierung, Selbstbestimmung; autonomistisch, das von Autonomie gebildete Eigenschaftswort, die Selbstbestimmung, Selbstregierung gewährleistet.
 ***) Eccarius, nebenbei bemerkt, Verfasser unserer Londoner Briefe, hat uns zu seinem (schon 1850 geschriebenen, und damals in der Rheinischen Zeitungs-Revue von Marx und Engels veröffentlichten) Aufsatz über die Schneiderei in London einen Anhang zugesandt, den wir nächstens im Wochenblatt abdrucken und, mit dem Aufsatz verbunden, als besondere Broschüre herausgeben werden.

bund noch nicht aus, nachdem erst vor ungefähr anderthalb Jahren die erste Schuld mit 10 Millionen Thaler, hurre, hurre! hopp! hopp! vom Reichstag für Marinezwecke und Küstenvertheidigung bewilligt worden war, kam man in der jetzigen Session abermals mit einer Anleihe von 7 Millionen Thlr. für dieselben Zwecke. Die Marine — des Nordbunds „jüngstes und liebtes Kind“, wie sich Herr Paster gemüthlich bildlich auszudrücken beliebt — durfte nicht im Stich gelassen werden, die 7 Millionen Thlr. wurden bewilligt, als seien es Hafelnüsse. Ja, eglische-der Herren, darunter Herr Meier aus Bremen und ein Herr Dr. Wehrenpennig aus Berlin, der bei dieser Gelegenheit seine Jungferrede in dem bekannnten ordnungsmäßig schneidend wäselnden Ton eines preussischen Garde-Lieutenants hielt, konnten nicht umhin, ihre große „Liebe“ für besagtes „jüngstes Kind“ dadurch zu bekunden, daß sie haarfarr vorredneten, wie zur weiteren „Erziehung“ desselben noch ca 15 Millionen benötigt seien, ehe es sich recht herausgemauert habe. Den anwesenden Herren Marineoffizieren lief bei diesen goldenen Aussichten das Wasser im Munde zusammen.

Dem steuerzahlenden Nordbundsbesitzer mag es bei diesen Aussichten etwas „schwummerig“ zu Muth werden, indeß wir können nicht schließen, ohne der Ankündigung einiger neuer Steuern zu gedenken, wodurch das Bild voll und ganz abgerundet wird. Zunächst ist dem Reichstag Vorlage betreffend die Erhöhung der Branntweinsteuer zugegangen, bei der Herr Bismarck, „als lebenslanger Brenner“, eine Rede hielt, ungefähr des Inhalts: „Meine Herren, wir brauchen Geld, Geld. Sie hatten die Freundlichkeit, die Ausgabe von 76 Millionen Thaler zu genehmigen, Sie werden sich nunmehr auch in Ihrem Gewissen für verpflichtet erachten, die nöthigen Einnahmen zu gewähren. Mehr als wir brauchen, verlangen wir nicht, damit sie aber wissen, wie und wo sie bewilligen können, legen wir Ihnen eine ganze Musterkarte neuer Steuern vor. Wählen Sie. Wer Vieles bringt, wird Jedem Etwas bringen.“ Sprachs und setzte sich lächelnd nieder, während der Reichstag ernsthaft sich an die Berathung der neuen Steuern machte.

Eine Gassteuer, Biersteuer, Besteuerung kaufmännischer Geschäfte, wahrscheinlich Wechselstempel, winten in lieblicher Nähe und etwas weiter im Hintergrunde erscheinen die Erhöhung der Tabak- und die Einführung der Petroleum-Steuer, welche beide letztere wiederum dem „Zollparlament“ vorgelegt werden sollen. Doch nur dann, wenn der „Reichstag“ sich widerthätig zeigen sollte, was ja bekannlich unmöglich ist.

Wir schließen unsern Bericht, indem wir die Rede des Abg. Bebel folgen lassen, die derselbe bei der Budgetberathung gehalten hat. Sie bezeichnet unsern Standpunkt kurz und bündig:

Ich will nicht darüber sprechen, ob man im nächsten Jahre vielleicht 1000 Thaler sparen könnte; das will ich Ihnen überlassen, die auf dem Standpunkte stehen, daß man mit diesem System überhaupt partiren könne. Ich bin ein entschiedener Gegner dieses Systems, und kann nur das Heil für das Volk darin finden, wenn dies System in Grund und Boden zertrümmert wird (Heiterkeit rechts). Von diesem Standpunkte aus betrachte ich diesen Etat mit einer gewissen Freude. Es wird uns hier zugemuthet — oder vielmehr Ihnen, meine Herren, denn ich stimme dagegen — 74 Millionen für Militär und Marine zu bewilligen; das beträgt auf den Kopf der Bevölkerung etwa 2 Thlr. 14 Sgr.; die Familie zu 5 Köpfen gerechnet, macht dies rund 12½ Thlr. jährlich an Ausgaben für einen vollständig unproduktiven und nutzlosen Zweck. (Widerstand rechts.) Denn daß unser Militärwesen uns bisher gar keinen Vortheil gebracht hat, wird Niemand leugnen. Vor 1866 hat man uns immer gesagt: „Wenn nur ein Stück Einigung da ist, dann wird auch die Militärlast erleichtert werden.“ Statt kleiner ist die Belastung größer geworden. Die Militärlast ist seit 1866 gestiegen und die Vortheile des norddeutschen Bundes lassen auf sich warten. Das liegt in der Natur der Verhältnisse; wenn immer ein Staat den anderen nur an Heer und Flotte und Geschützen zu überbieten sucht, da kann Volkswohlstand und Volksheil nicht erblühen. Die Stimmung in Süddeutschland beweist, daß diese Staaten lieber heute als morgen ihr Verhältniß zu Preußen lösen möchten, in das sie 1866 gewaltsam hineingedrängt worden sind. In der Entwaffnung, wie Hr. von Hovart meint, kann ich das Heil nicht finden. Wie einmal die Dinge in Europa sehen, Cäsarismus haben und Cäsarismus drüben, wäre die Entwaffnung absoluter Unsinn; der eine Cäsar

würde die Gelegenheit wahrnehmen, um den anderen niederzuschlagen. Ich glaube, es geschieht schließlich das, was von den beiden Vätern in der Fabel erzählt wird, daß sie über sich herfallen und sich gegenseitig aufstießen. Dabei können wir nur profitieren. (Heiterkeit rechts.)

Kollektiv = Eigenthum.

Folgendes ist der Wortlaut der vielberufenen Beschlüsse, die der vorjährige Arbeiter-Kongress zu Brüssel hinsichtlich des Kollektiv-Eigenthums gefaßt hat.

I. Betreffs der Steinkohlen- und andren Bergwerke.

In Erwägung, daß die großen Hilfsmittel der Arbeit am Boden haften; daß sie eine bedeutende Ausdehnung des Grund und Bodens einnehmen, des Bodens, der eine der Gesamtmenschheit unentgeltlich gelieferte Domäne ist; des fernern, daß sie Hilfsmittel von einer Ausdehnung und Wichtigkeit sind, daß sie gegenüber Dingen, die sie ausbeuten und in deren Händen sie ein gefährliches Monopol werden, die Geltendmachung der Rechte des Gesellschaftskörpers erheischen;

in Erwägung, daß diese Hilfsmittel nothwendig der Anwendung von Maschinen und der vereinigten Kraftanstrengung bedürfen;

in Erwägung, daß die Maschinen und die vereinigte Kraft der Individuen heute einzig im Dienste der Kapitalisten stehen, für die Zukunft aber dem Arbeiter zu gut kommen sollen; daß daher jede Industrie, wo diese beiden ökonomischen Kräfte unentbehrlich sind, von Arbeitergruppen, die für eigene Rechnung schaffen, benützt werden sollen, schlägt der Kongress vor:

1. Daß die Steinbrüche, die Steinkohlen- und andere Bergwerke, die Eisenbahnen in einer wohlgeordneten Gesellschaft der Gesamtheit gehören sollen, der Gesamtheit, d. h. dem neu erschauderten Gesetze der Gerechtigkeit unterworfenen Staat.
2. Daß die Steinbrüche, die Steinkohlen- und andere Bergwerke die Eisenbahnen durch den Staat nicht an Kompagnien von Kapitalisten, wie es heute geschieht, sondern an Arbeiterkompagnien übergeben werden sollen und zwar vermittelt eines Doppelvertrages: einerseits, indem der Staat die wissenschaftliche und rationelle Ausbeutung der Konzeption, die Dienstleistungen möglichst dem Kostpreis sich annähernd verlangt, sich Einsicht in die Rechnungsstellung der Uebernahmgesellschaft vorbehält, folglich niemals ein Monopol daraus gemacht werden kann; andererseits indem die gegenseitigen Rechte der Gesellschaftsmitglieder gegenüber den Mittheilhabern festgesetzt werden.

II. In Betreff des landwirtschaftlichen Bodens.

In Anbetracht, daß die Anforderungen an die Bodenerzeugung und die Anwendung der dazu erforderlichen Kenntnisse eine Bearbeitung im Großen, die Einführung von Maschinen und Zusammenwirkung erheischen, die ökonomische Bewegung selbst zur Kultur im Großen hindrängt; in Erwägung, daß daher die Landwirtschaft und der Bodenerwerb auf demselben Fuße behandelt werden sollen, wie die Bergwerke;

in Erwägung, daß die erzeugende Bodenkraft, die Nothkraft aller Völkter, die erste Quelle aller Reichthümer ist, — und zwar ohne das Erzeugniß irgend eines Menschen zu sein;

ist der Kongress der Ansicht: daß die ökonomische Bewegung den Eintritt des Grund und Bodens in gemeinsames Staatseigenthum als einer sozialen Nothwendigkeit erkläre; daß der Grund und Boden wie die Bergwerke und Eisenbahnen an eine aderbantreibende Arbeitergesellschaft abgetreten werde und zwar mit Garantie-Bedingungen für die Gesamtheit wie für den Einzelnen, ähnlich derjenigen, wie bei den Bergwerken und Eisenbahnen.

III. Die Kanäle, Landstraßen und Telegraphenanstalten betreffend:

In Erwägung, daß diese Verkehrsmittel eine einheitliche Leitung und Unterhaltung erheischen, welche nicht, wie es gewisse Ökonomen verlangen, Privaten überlassen werden kann; ist der Kongress der Ansicht: daß die Verkehrsmittel Gemeingut der Gesellschaft bleiben müssen.

IV. In Betreff der Wälder:

In Erwägung, daß die Ueberlassung der Wälder an Private zur Verwüstung der Wälder führt, daß diese Verwüstung die Regelung und Erhaltung der Wasserquellen beeinträchtigt und die Ertragsfähigkeit des Erdreichs vermindert und ebenso den allgemeinen Gesundheitszustand gefährdet und das Leben des Bürgers schädigt; spricht der Kongress die Ansicht aus, daß die Wälder Gemeingut der Gesellschaft sein müssen.

Die Lehren der Mezelei von Seraing.

Aus der Affäre von Seraing zieht das Organ „Internationale“ folgende 6 gute Lehren, die kein wahrhaft sozialdemokratisches Blatt seinen Lesern vorenthalten sollte:

1) Die welche uns regieren, lernen nichts. Sie haben den Schrei der Entrüstung vernommen, der zur Zeit der Affäre von (Epine*) erhoben wurde; was haben sie daraus geschlossen? Daß ihre Unterdrückung ungerecht gewesen sei? Nein, sie haben sich gesagt: Es scheint, daß man hier zu Lande am Niederschießen keinen Geschmack findet; nun, das nächste Mal werden wir das Bayonnett nehmen.

Nun, das Bayonnett wird ebenso dem „Fortschritt“ dienen, wie früher das Niederschießen! man wird sehen, was wir in der Provinz Lüttich für „Fortschritte“ machen werden.

2) Die, welche uns regieren, sind ebenso dumm als grausam. Was? seit vier Wochen schreien ihre offiziellen Blätter täglich, daß das Vaterland in Gefahr sei, bezeichnen der Volksrache die französisch gesinnten Blätter, die sich anstrengen, den Arbeitern zu beweisen, daß sie mit ihrer Regierung kein gemeinsames Interesse haben, und, — um an die patriotischen Gefühle der Arbeiter zu appelliren, macht man sie nieder!

Vielleicht hat man, im Hinblick auf einen bevorstehenden Feldzug, die Soldaten einüben wollen.

3) Die, welche uns regieren, sind ebenso niederträchtig, als dumm. Was soll man von einer Herrschaft sagen, deren Träger zugleich Richter und Partei sind? Herr Kamp, Bürgermeister von Seraing, ist zugleich ein Beamter von Cockerill; Birmen, Minister des Innern, ist zugleich der größte Aktionär der Kohlengrube „L'Espérance“ (Hoffnung), die im Strife war; Seine kön. Hoheit endlich, der Graf von Flandern hat 1½ Millionen Franks bei Cockerill stehen!

Jetzt begreift man freilich, warum so schnell Soldaten gekommen sind: was würde aus den Dividenden dieser Herren geworden sein!

4) So lange das Kapital das Fett von Dem abschöpft, was durch die Arbeit gewonnen wird, so lange werden wir nur Unordnung, Mißvergnügen, Mezelei haben.

5) Soldat und Gensd'arm sind an und für sich Leute, wie alle andere; dagegen wenn sie die Uniform angezogen haben und losgelassen werden, so werden sie wilde Thiere. Folglich, in welchem Kulturzustand sich auch ein Land befindet, seine Freiheit wird so lange gefährdet sein, als es ein stehendes Heer hat. Die Bayonnette denken nicht nach.

Noch weniger dürfen wir auf die Intelligenz der Offiziere rechnen. Diese Unglücklichen, durch den Wüßthum und die Laster, die er mit sich bringt, verthiert, sind jeder ethischen Empfindung unfähig. An dem Tage, wo wir das Heer entlassen und nach Hause schicken werden, wird man diese Herren einer langen Kur und moralischen Behandlung unterziehen müssen, bevor man aus ihnen wird Arbeiter machen können.

Bis dahin fordern wir die Familienväter auf, ihre Kinder nicht diese Carrière ergreifen zu lassen, die zur Ausschweifung und zum Mord führt.

6. Die konstitutionelle Regierung unterscheidet sich nur dadurch von der absoluten, daß die erstere ihre Staatsstreiche im Detail macht. Dies wird in einer Broschüre beleuchtet werden, zu der einer unserer Freunde die Dokumente sammelt und die betitelt sein wird: „Die Mezeleien, verübt durch die konstitutionelle belgische Regierung von 1831 an bis zu unserer Zeit.“

Der erste Verbandstag der Sächsischen Consumvereine zu Chemnitz am 27.—29. März 1869.

Vom prächtigsten Osterwetter begünstigt, fand in diesen Tagen ein zahlreicher Zufluß von Vertretern der sächsischen Consumvereine nach der erwähnten Feststätte statt. Es galt,

einem seit beinahe zwei Jahren von Leipzig aus gepflegtem Unternehmen das Siegel aufzudrücken, das Band statutarisch fest zu begründen und gleichzeitig wirtschaftliche Fragen von größerer Bedeutung für Consumvereine zu berathen und darüber Resolutionen zu fassen, gleichzeitig aber auch in der mit dem Verbandstag verbundenen Ausstellung von Mustern der verschiedensten Artikel sich Belehrung zu verschaffen über Bezug guter und preiswürdiger Waaren und Geräthschaften. Wir können im Voraus zu unserer Freude sagen, daß nach unserer Ansicht dieser erste Verbandstag als ein völlig gelungener zu bezeichnen ist.

Vertreten waren 55. Vereine durch 77 legitimirte Personen, außer diesen waren noch viele aus der Nähe und Ferne anwesend, die als Gäste Zutritt zu den Versammlungen hatten. Letztere fanden in dem festlich geschmückten Saal der Stadt Cöln statt. Die Versammlung am 27. März wurde Abends 8 Uhr durch den Vorsitzenden des Lokalkomite's, Herrn Schröder mit einer herzlichen Begrüßung eröffnet, worauf derselbe den Vorsitz dem bisherigen Direktor des Verbandes, Herrn Hermann aus Leipzig, übertrug. Letzterer begrüßt die Versammlung, empfiehlt den Anwesenden die Anschaffung und Lectüre von Schriften über Consumvereine, namentlich die Werke von E. Pfeiffer in Stuttgart, Richter in Berlin, Dr. Schneider in Potsdam und das sächsische Gesetz vom 15. Juni 1868 nebst Ausführungsverordnung und das Genossenschaftsgesetz des norddeutschen Bundes, macht auf die Musterausstellung aufmerksam unter besonderer Empfehlung der Erzeugnisse der vertretenen Produktivgenossenschaften und empfiehlt schließlich die gewissenhafte Ausfüllung der zur Vertheilung gelangenden Fragebogen zum Zwecke einer Statistik.

Zur Constatirung des Verbandstags übergehend werden zu Präsidenten erwählt: Schröder aus Chemnitz, Moteller aus Grimmitzschau, Hermann aus Leipzig; zu Schriftführern: Zubisch aus Leipzig, Neumeister aus Schedewitz und Ziehl aus Chemnitz; zu Rechnungsrevisoren: Fischer aus Frankenberg, Klotz aus Chemnitz und Viskner aus Schedewitz; als Wahlcommission: Looße aus Thum, Ascherberg aus Freiberg, Uhlemann aus Niederwürschnitz, Jensch und Schredenbach aus Chemnitz, ferner als Commission zur Prüfung und Begutachtung der ausgestellten Muster: Ruck aus Leipzig, Ascherberg aus Freiberg, Masalsky aus Ehrenfriedersdorf, Köhler aus Chemnitz, Georgi aus Mylau, Graupner aus Stollberg, Fischer aus Frankenberg.

Sodann erfolgt die Feststellung der Geschäftsordnung für den Verbandstag, wobei unter anderm festgesetzt wird, daß jeder beim Verband theilnehmende Verein nur Eine Stimme zu führen habe und daß an den Beratungen nur Vertreter der Vereine theilnehmen können, welche dem Verband angehören, sowie die Mitglieder des Lokalkomite's. Für die Tagesordnung meldet der Vertreter von Schedewitz noch den Antrag an auf Eintheilung der Vereine in Kreis- oder Bezirksvereine, sowie auf ein einheitliches Statut aller beim Verband theilnehmenden Vereine, worauf die Feststellung der Tagesordnung für den folgenden Tag erfolgt. Schluß der Sitzung um 11 Uhr.

Die Versammlung des zweiten Tages beginnt 10¼ Uhr. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Fragen zur Legitimation berichtet Hermann über die Thätigkeit des bisherigen Centralomite's in Leipzig und begrüßt mit herzlichen ermunternden Worten die Versammlung. Der bisherige Schriftführer, Zubisch, berichtet in ausführlicher Weise über die Geschichte und den jetzigen Stand des Verbandes, die Organisation der einzelnen Vereine, den finanziellen Stand und die Thätigkeit der bisherigen Centralstelle. Wir entnehmen diesem Bericht nur Folgendes: Im Juni 1867 auf einem Congreß der Arbeiterbildungsvereine in Frankenberg wurde der Beschluß gefaßt, die sächsischen Consumvereine in einen Verband zusammenzufassen, dessen Zweck es sein sollte, die Vereine mit Rath und That zu unterstützen und die Verwaltung des Leipziger Consumvereins mit diesem Beschluß zu beauftragen. Letztere unterzog sich bereitwillig diesem Auftrage, verschaffte

*) Wo die vorjährige Mezelei war.

sich Kenntniß von den bestehenden Vereinen und von ihrer Organisation und hat so Kenntniß erhalten von mehr als 100 bestehenden Vereinen in Sachsen, von denen 60 bis zum Verbandstage sich dem Verband angeschlossen haben, außer dreien außerhalb Sachsens bestehenden. Beim Verbandstage selbst traten noch 9 weitere hinzu. Mangelhaft organisierte Vereine haben sich größtentheils neu organisiert unter Mitwirkung der Centralstelle, andere mit deren Berathung neu gebildet; ein zur Vertheilung gelangendes Musterstatut wird übrigens eine einheitliche Organisation leicht ermöglichen. Berichterstatte betont den sittlichenden Einfluß der Consumvereine und ähnlicher Genossenschaften auf das arme Volk insbesondere, dem dadurch trotz aller Noth die Gelegenheit geboten sei, allmählig einen Nothpfennig zu erwerben und schließt mit der dringenden Mahnung an die Verwaltungen, mit den Sparpfennigen des Armen gewissenhaft umzugehen, demselben für sein sauer erworbenes Geld nur gute Waare zu liefern, und nicht dem Grundbesitz zu huldigen: für den Armen ist das Schlechte gut genug!

Hierauf folgt Berathung und Feststellung des Verbandsstatuts. Als Zweck des Verbands ist darin festgestellt:

1. Die Vereine auf einer guten, zum Erwerb der Rechte einer juristischen Person geeigneten Verfassung aufzubauen, dahin zu wirken, daß dieselben zum Tagespreise gegen Baarzahlung verkaufen, den Gewinn nach dem Verbrauch vertheilen, aufsparen und zum Erwerb von Betriebskapital so wenig als möglich aus den eigenen Mitteln ihrer Mitglieder beanspruchen, endlich aber zur eignen Produktion und zum Erwerb von Grundeigenthum gelangen.
2. Förderung der Vereinsinteressen, Anbahnung und Unterhaltung einer Geschäftsverbindung der Vereine unter einander zum Nachweis vortheilhaften Waarenbezugs und Erreichung gemeinsamen Waareneinkaufs.
3. Gemeinsame Wahrung der speziellen Interessen der Genossenschaften im Allgemeinen und der Gesetzgebung gegenüber im Besondern.

Aufnahmefähig sind alle Consum-Vereine des Königreichs Sachsen und der angrenzenden Staaten, für welche ein besonderer Verband nicht existirt.

Organe des Verbandes: 1. Ein aus 3 Personen bestehendes Verbands-Direktorium; 2. Vertrauensmänner, welche die zu Kreisvereinen verbundenen Vereine zu wählen haben; 3. die Verbandstage. Die Vertrauensmänner haben hauptsächlich die Geschäftsführung des Direktoriums zu prüfen und den zu ihrem Bezirk gehörigen Vereinen mit Rath und That beizustehen.

(Fortsetzung folgt.)

Wegen Mangels an Raum muß die „Bücherchau“ diesmal wegfallen.

Hororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

New-York. Es wird Sie gewiß interessieren, zu erfahren, daß August Willich (der bewährte Sozialdemokrat, einer der tüchtigsten Führer in den badischen Schilderhebungen von 1848 und 1849, und tapferer kriegskundiger Feldherr im amerikanischen Kriege) sein Amt als County-Auditor (Grasschafts-Controllenr) niedergelegt hat und eine Reise nach Deutschland zu machen gedenkt. Die deutschen Arbeiter in Cincinnati, wo er zuletzt wohnte, gaben ihm ein Abschiedsfest, welches der dortige „Volksfreund“ also beschreibt: „Die Arbeiter, welche immer Freunde des Generals August Willich, ihres Mitarbeiters und Fürsprechers waren, hatten ein Tanzkränzchen arrangirt, welches in der Arbeiterhalle stattfand, um von dem Vorkämpfer der Arbeiterklasse in geeigneter ceremonieller und zugleich freundschaftlicher Weise Abschied zu nehmen. Die deutschen Arbeiter fanden sich mit ihren Familien in großer Anzahl ein und ihre aufblühenden Töchter freuten sich ungemein, mit dem Gefeierten des Tages

tanz zu können, da der alte Haudegen heute noch ein eben so guter und galanter Tänzer ist, wie er es vor zwanzig Jahren war. — Vor der Eröffnung des Kränzchens hielt Herr Ernst Frankenberger eine Rede, in der er den Zweck der Feier erörterte. Hierauf dankte der General in einer längeren Rede für das ihm gemachte Compliment, und nachdem er Allen, die ihn während seiner Laufbahn als County-Auditor unterstützten, seine Anerkennung gezollt hatte, sprach er die Hoffnung und den Wunsch aus, noch in diesem Jahre in die Mitte seiner wahren Freunde, die ihn stets unterstützten, wieder zurückzukehren.“

In Chicago soll demnächst unter dem Titel: „Der deutsche Arbeiter“ ein deutsches Wochenblatt (unter der Redaktion des Hrn. C. F. Lichtner) erscheinen, um die Rechte der Arbeit und Arbeiter zu vertreten.

Wien, 19. April Abends 8 Uhr begann im großen Saal beim Jobel eine Volksversammlung, zu der sich nahezu 6000 Menschen eingefunden hatten. Sie währte bis gegen Mitternacht. Auf der Tagesordnung stand das Koalitionsrecht und die Normirung der Arbeitszeit. Die Versammlung war außerordentlich lebhaft und lauschte mit der gespanntesten Aufmerksamkeit den verschiedenen Rednern, welche an Klarheit, Schärfe und Energie nichts zu wünschen übrig ließen. Hartung führte den Vorsitz mit großer Gewandtheit und Schlagfertigkeit; von einzelnen Rednern nennen wir Groß, Schey, Mühlhauser, Fischer, Tauschinsky, Metall und zahlreiche Andere. Auch einige Reichsrathsmitglieder, Dr. Roser, Wende und Andere waren anwesend. Dr. Roser sprach einige einfache Worte zur Versammlung und versicherte, daß er an der Erweiterung des Koalitionsrechts noch während dieser Session nicht zweifle. Zum Schluß wurde eine Aufforderung an den Reichsrath um Gewährung des Koalitionsrechts und 10stündige Arbeitszeit einstimmig angenommen.

Wer an der Energie des Volkes verzweifelt, der gehe in eine solche Versammlung und er kann sich leicht überzeugen, daß denn doch noch demokratisches Blut in den Adern des Volkes fließt. Man sehe diese Männer der Arbeit, welche, nachdem sie sich den Tag über müde gearbeitet, noch bis in die späte Nacht hinein mit der gespanntesten Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgen, mit Blick und Miene verrathend, daß der demokratische Funke in ihren Herzen gezündet. Man höre diese Redner, welche gleichsam aus dem Boden empor-schießen und an Gewalt, Nachdruck und Fluß der Rede Alles hinter sich lassen, was unsere parlamentarische Beredsamkeit leistet. Hier finden wir jene wahre und großartige Beredsamkeit, welche in Kopf und Herz zugleich wurzelt.

Wien, den 21. April. Gestern wurden die 10 Mitglieder des vor einigen Monaten aufgelösten sozialdemokratischen Comite's (Tauschinsky, Metall, Prager, Fischer, Babst, Eichinger, Groß, Hartung, Oberwinder und Bruns-haver — letzterer sitzt bereits wegen Preßvergehens), vom Landesgericht zu 14 Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt „wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes“. Sämmtliche Angeklagte legten Berufung ein.

Oberwinder, der in erster Instanz wegen eines Preßvergehens, das er als Mitredakteur der Volkszeitung (der er nicht mehr angehört) begangen haben sollte, freigesprochen worden war, ist in zweiter Instanz zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Er hat an den höchsten Gerichtshof appellirt.

Um das Bild zu vervollständigen, sei noch erwähnt, daß die Sozialdemokraten Pfeiffer, Leidersdorf und Subaric wegen unliebsamen Reden in Haft sind.

München-Gladbach, 25. April. Der „Kölnischen Zeitung“*) wird geschrieben: Auf gestern Abend 8 Uhr war durch

*) Wir geben den Bericht der „Kölnischen Zeitung“, weil er von allen uns vorliegenden der wenigst parteiische ist. Daß die Polizist die Angreiferin war, läßt sich zwischen den Zeilen lesen. Uebrigens ist im „Reichstag“ bereits ein Antrag auf Freilassung des Hrn. Wende gestellt worden.

Zeitungs-Insertat eine Volksversammlung im Lokale des Gastwirthes Mejer unter Vorsitz des Reichstags-Abgeordneten Fritz Wende angezeigt worden. Der Polizei-Kommissar, welcher dieser Versammlung beiwohnte, fand sich veranlaßt, dieselbe in Folge einer von Herrn Wende gehaltenen Rede aufzulösen. Die energische Aufforderung, den Saal zu räumen, fand unter den zahlreich versammelten Arbeitern versammelten Arbeitern entschiedenen Widerstand, welcher sich durch Auslöschten der Gasflammen und thätlichen Angriff auf der Polizei geltend machte und nicht unbedeutende Verwundungen mehrerer herbeigeeilter Gensd'armen und Polizisten durch Messerstiche, resp. Schläge mit Biergläsern zur Folge hatte. Nach erzwungener Räumung des Lokales setzte die zu Tausenden angewachsene Menge die begonnenen Exzesse durch Einwerfen von Fensterscheiben, so z. B. auch an dem Hause der hiesigen Gesellschaft „Erholung“ u., in einer Weise fort, daß die hiesigen Behörden sich veranlaßt sahen, die Turner-Feuerwehr zu alarmiren und militärische Hilfe von dem Regierungs-Präsidenten in Düsseldorf zu requiriren. Letzterer Requisition wurde jedoch nicht entsprochen. Herr Wende, welcher vor dem Hotel Moers eine beruhigende Anrede an den massenhaft anstürmenden Pöbel gehalten hatte, wurde heute Morgen 4 Uhr verhaftet, per Wagen nach Neuß und von dort aus per Bahn nach Düsseldorf transportirt, dort sofort von dem Untersuchungsrichter vernommen und sofort in das Arresthaus abgeführt. Die Stadt war heute ruhig, obgleich circa fünfzehn Arbeiter verhaftet und gefesselt nach Düsseldorf gebracht wurden.

Berlin. Der Strife der Zimmergesellen dauert fort; nur ein kleiner Theil der Meister hat nachgegeben. Die energische Haltung der Arbeiter läßt einen günstigen Ausweg mit Bestimmtheit hoffen. Sie lassen sich weder durch die Drohungen der widerspenstigen Meister noch durch das Einschreiten der Polizei ins Bodshorn jagen, die am Freitag zwei Zimmergesellen wegen „Aufwieglung“ verhaftete.

Neußadt an der Orla, 24 April. Am verflossenen Sonntag war Herr Straßburger aus Böfmed mit mehreren seiner Freunde und Herr Brodmann von Sera hier und hielten eine Arbeiterversammlung ab für Gründung eines Arbeitervereins. Die Versammlung war stark besucht und fanden die gehaltenen Reden allgemeinen Anklang. Die Gründung eines Vereins wurde sofort vorzunehmen beschloffen und meldeten sich auch eine große Anzahl der Anwesenden zum Beitritt.

Dorschemnik, den 26. April. Am Sonnabend hatten sich die Mitglieder des hiesigen Arbeitervereins nebst Gästen aus der Umgegend versammelt, um einen Vortrag unseres Reichstagsabgeordneten anzuhören. Herr Liebknecht, der vorher noch nie in unserem Ort aufgetreten war, traf zur bestimmten Zeit ein und sprach ausführlich über den Reichstag und die politische Lage im Allgemeinen, die Aussichten der Volkspartei und die Nothwendigkeit der Gründung von Gewerkschaften. An den Vortrag, der mit ungemischtem Beifall aufgenommen ward, knüpfte sich eine längere Diskussion, an der sich besonders die Herren Anefjorg, Graupner und Jungnickel aus Stollberg und Lugau theilnahmen. Die Versammlung dauerte bis 12 Uhr, wo Herr Liebknecht wieder abreisen mußte; sie hat unsrer Sache unzweifelhaft sehr genügt. Bemerkte sei hier noch, daß an Stelle unfres braven Vereinspräsidenten Kaufmann, der erkrankt ist (jedoch zugegen war), Herr Graupner von Stollberg den Vorsitz in der Versammlung geführt hatte. (Der Dorschemniker Arbeiterverein ist einer der rührigsten im Erzgebirge, und viele der größeren Vereine sollten sich ein Exempel an ihm nehmen. Nirgends steht unsre Partei fester und es ist dies wesentlich der aufopfernden Thätigkeit unfres Freundes Kaufmann zu verdanken.)

Fürth, den 20. April. Zu den Wahlen ist hier folgende Erklärung erschienen: „Der Arbeiterverein Zukunft, welcher nur in einer Verbindung der deutschen Staaten nach dem Muster Nordamerikas und der Schweiz die Möglichkeit erblickt, bei der vollen politischen Freiheit die soziale Frage

ihrer Lösung entgegenzuführen, resp. eine wirkliche Verbesserung der ökonomischen Lage des Arbeiterstandes zu erzielen, wird in so lange sich an keiner Landtagswahl theilnehmen, bis nicht durch das allgemeine und direkte Wahlrecht Gelegenheit geboten ist, den Willensausdruck des gesammten Volkes zur Geltung zu bringen.“

Schmölln, 15. April. Die stetig wachsende Arbeiterbewegung hat jetzt auch unser Städtchen erfaßt. Vor einigen Tagen sind eine Anzahl Arbeiter zusammengetreten, um einen Arbeiter-Verein auf sozial-demokratischer Grundlage zu bilden. Sobald die Constituirung stattgefunden hat, werden wir mehr von uns hören lassen.

Mülsen St. Niklas. Unser Arbeiterverein, der in Folge der schlechten Zeiten und mangelhafter Leitung sehr zusammengeschmolzen war, nimmt seit einiger Zeit wieder einen kräftigen Aufschwung, was größtentheils der Thätigkeit unseres neuen Vorsitzenden L. Blechschmidt zu verdanken ist. Auf Briefen an den Verein bitten wir zu bemerken: Abzugeben an Alwin Freytag.

Stollberg, den 26. April. Gestern hatte hier eine vom Arbeiterverein berufene Versammlung der Wähler und Parteigenossen des Hrn. Liebknecht statt, um einen Vortrag des letzteren anzuhören. Der Saal des Schießhauses nebst den angrenzenden Räumen war gedrängt voll — selbst in der heißesten Wahlagitation hatten wir nur einmal eine ebenso stark besuchte Versammlung —; der Vorsitzende des Arbeitervereins, Hr. Graupner, führte den Vorsitz, und mit gespanntester Aufmerksamkeit lauschten die Anwesenden dem zweistündigen Vortrag, der zugleich einen Rechenschaftsbericht enthielt. Da der Vortrag als Ansprache an die Wähler des 19. Sächsischen Wahlbezirks gedruckt werden soll, so sei hier bloß angedeutet, was der Redner über seine Stellung zu und in dem Norddeutschen Reichstag sagte. „Er habe von Anfang an den Wählern erklärt, daß er im Reichstag eine rein verneinende Haltung einnehmen werde; die Reichstagsverhandlungen seien pure Komödie und die Volkspartei dürfe in derselben nicht mitspielen, wenn sie nicht sich selbst aufgeben wolle. Was speciell die Gewerbeordnungsfrage angehe, so sei für die Arbeiter vom Reichstag absolut nichts zu erwarten. Sich eingehend an den Debatten theilnehmen, heiße leeres Stroh dreschen; weder materiell noch moralisch sei dabei der geringste Vortheil zu erzielen, wohl aber der Nachtheil zu befürchten, daß die Arbeiter sich einbildeten, die soziale Frage gehöre vor dem Reichstag. Wenn die Vertreter unserer Prinzipien überhaupt im Reichstag sprächen, so könne es nur sein, um ihren Standpunkt klarzustellen und gegen den Reichstagschwindel zu protestiren. So lange keine wirkliche Volksvertretung bestehe, liege der Wirkungskreis der Demokratie ausschließlich im Volk.“ Diese Auffassung fand aufs Unzweideutigste die Billigung sämmtlicher Anwesenden.

Am Abend feierte der Arbeiterverein sein zweites Stiftungsfest, das in heiterster Weise verlief.

Wir haben hier mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, allein wir haben jetzt einen festen demokratischen Stamm, den kein Sturm mehr entwurzeln wird.

Hormersdorf, den 27. April. Im Glauben, daß unser Reichstagsabgeordneter Liebknecht bei seinem Besuch nach Stollberg auch einen Abstecher hierher machen könnte, kündigten wir auf Montag eine Volksversammlung mit Herrn Liebknecht als Sprecher an. Er konnte jedoch nicht kommen, und schickte uns Hrn. Demmler von Seyer, der sich als ebenso gewandter wie muthiger Redner bewies. Es hatte sich nemlich ein Haufen Haysfeldter aus Chemnitz eingefunden, deren Wortführer die üblichen, von jedem nicht allzudummen Menschen in zwei Stunden auswendig zu lernenden Redensarten ableierten und von Demmler in jedem Punkt widerlegt wurden. Die Haysfeldter haben hier, trotz der Mühe, die sie sich seit einem Jahr geben, auch nicht einen Anhänger gewonnen, und seit der Hohensteiner Geschichte werden sie nur noch als rohe Standalmacher betrachtet.

Crimmischau, den 20. April. In der heutigen Vorstandssitzung des hiesigen Arbeitervereins wurde an Stelle des nach Amerika auswandernden bisherigen Vorsitzenden Gutmann Herr A. Goldig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Wir bitten daher alle Zuschriften und Briefe für den Verein künftig an Herrn A. Goldig, Neustadt 612, Crimmischau, zu senden. Unserm braven Freund Gutmann aber, der so wader für die Arbeiter Sache gestritten hat und so schwer dafür leiden mußte, wünschen wir von ganzem Herzen, daß er in der neuen Welt das Glück finden möge, das ihm in der alten Welt versagt war. Ist auch in Amerika noch Manches zu wünschen, so giebt es doch dort nicht jene unzähligen Dillereien und Chikanen, die hier das Leben eines unabhängig denkenden charaktervollen Mannes vergiften.

***Leipzig**, 24. April. Gestern Abend veranstalteten die hiesigen Mitglieder der Internationalen Association im Pantheon-Saale eine Volksversammlung, um die Missethaten von Cerating und das Verhalten der Internationalen, sowie die verläumderische Haltung eines Theils der deutschen Presse in dieser Angelegenheit darzulegen. Die Versammlung war von 5—600 Personen besucht; den Vorsitz führte Hr. Bergold. Der Erfolg war insofern sehr günstig, als alle unbefangenen Arbeiter ein richtiges Bild von der ebenso besonnenen als energischeren Haltung, der die Internationale Association ihre ungeheure und an keinerlei Persönlichkeit geknüpfte Macht verdankt, empfingen. Die Internationale hat in Folge dieses Vorgehens hier neue und sehr tüchtige Anhänger bekommen. Interessant war, daß die Einzigen, welche in dieser Versammlung gegen die Internationale auftraten und uns bekämpften, gerade Solche waren, die immer das Wort Sozialdemokratie im Munde führen. Die belgische und die deutsche Bourgeoisie möge sich für diese gewiß unerwartete Unterstützung bedanken; wir aber werden selbstverständlich auf dem betretenen Wege ruhig weiter vorgehen.

Leipzig. Die Handarbeiter-Genossenschaft, deren Statuten seit 3 Wochen der Kreisdirection mitgetheilt sind, wird sofort nach der Messe — wo die Paktträger und Dienstmänner zu sehr beschäftigt sind — ins Leben treten. Die Zahl der Eingetragenen ist sehr bedeutend, Keiner ist zurückgetreten und Keiner zweifelt am Erfolg, der unter solchen Verhältnissen auch nicht ausbleiben kann.

Am Dienstag fand im Pantheon eine Abendunterhaltung zum Besten der strikenden Zimmergesellen in Berlin und der gleichfalls strikenden Schneider in Kassel statt. Derartige „Unterhaltungen“ zu Parteizwecken sollten hier öfters stattfinden; nur hüte man sich vor einseitigem Vorgehen, durch welches die Sache bloß benachtheiligt werden kann.)

Anzeigen.

Der Wegweiser.

Organ für die Volksbildung in Deutschland.

Herausgegeben von **Eduard Sack** in Berlin, redigirt von **Julius Beeger** in Leipzig, erscheint wöchentlich (Freitag) in einem großen Bogen. Abonnementspreis pr. Quartal in ganz Deutschland (außer in Preußen) 12½ Sgr., in Preußen mit Stempelzuschlag 16 Sgr. 3 Pf. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Buchhandlungen an (von der Vereinsbuchdruckerei in Leipzig zu verlangen). Die Bestellungen wolle man recht zeitig machen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht.
(Redaction: Braustr. 11.)

Deutscher Arbeiterbildungs-Verein in London.

Charles-Hotel, 71 Dean-Street, Soho Square. W. London.

Der Arbeiterbildungs-Verein in Nürnberg

wünscht seine Bibliothek zu vermehren und sucht dies hauptsächlich durch Anschaffung sozialistischer Bücher und Broschüren zu bewerkstelligen. Er ersucht daher Brudervereine, die mehrere Exemplare eines Buches oder einer Broschüre haben und je 1 Exemplar davon gegen billige Berechnung abgeben wollen, ihm mitzutheilen, zu welchem Preise die Abgabe erfolgen kann. Adressen sind zu richten an C. Müll, Bergstraße 17.

Mit sozialdemokratischem Gruß:
Die Vorstandschaft.

Neu erschienen ist:

Die Organisation der Deutschen Arbeiterpartei.

Von

Carl Hirsch.

Arbeiterpreis: pr. Expl. 2½ Sgr. bei Entnahme von Partien nicht unter 6 Expl. Durch den Buchhandel bezogen pr. Expl. 5 Sgr.

Soeben erschienen! vom Verleger J. Winkler in Berlin, 10. Waterloo-Platz, zu beziehen; Bestellung und Betrag per Postanweisung.

Soeben erschien:

Verhandlungen

des

ersten Congresses der Buchbinder u. zu Leipzig

nach dem stenographischen Bericht.

Durch alle Buchhandlungen für 3¼ Ngr. oder durch Buchbinder **Arendt**, Sternwartenstr. 25 II., Leipzig, bei frankirter Zusendung oder Nachnahme des Betrags für 2¼ Ngr. zu beziehen.

Regelmäßige Schiffs-Expeditionen von Bremen

nach

Newyork, Baltimore und Philadelphia.

Zwei Mal wöchentlich, Mittwochs u. Sonnabends, vermittelt der bekannten schnellen Bremer Postdampfer des „Norddeutschen Lloyd“.

Zwei Mal monatlich, am 3. u. 17. eines jeden Monats, vermittelt schöner, schnellsegelnder, dreimastiger Bremer Segelschiffe.

Zum Herbst und Frühjahr regelmäßige Expeditionen nach **New-Orleans** und **Galveston**, und im Frühjahr nach **Quebec**.

Prompte Beförderung, gute und reichliche Beköstigung, sowie billige Passagerepreise.

Nähere Auskunft durch mich oder meine bekannten Herren Agenten:
Carl Joh. Klingenberg,
concessionirter Schiffs-Expedient.

Druck und Verlag: J. Ebels.
Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Eine Bartholomäusnacht der Bourgeoisie.

(Schluß.)

Dieselben Szenen wiederholten sich am folgenden Abend (Sonnabend). Hins hielt, nachdem er sich über die mit einer gewissen Wollust von den Soldaten verübten Gräueltaten, durch die Erzählungen der Opfer selbst, genau instruiert hatte, eine Berathung mit dem Serainger Comité der Internationalen. Man beschloß, eine Versammlung abzuhalten und die Arbeiter aufzufordern, der Gewaltthat die Mäßigung entgegenzusetzen. Arbeiter zogen nach allen Richtungen aus, um Stunde und Ort der Versammlung anzuzeigen. Der Saal wurde gefüllt; die sämtlichen Redner forderten die erschienenen Arbeiter auf, der Unterdrückung keine Handhabe zu bieten, die Arbeiter dürften ja doch nicht stillstehen, sondern müßten im Schoße der Internationalen helfen, die Zukunft vorzubereiten. Die Puddler wurden ermutigt, von keiner ihrer gerechten Forderungen abzustehen, den Grubenleuten dagegen das Versprechen abgenommen, am andern Tage wieder an die Arbeit zu gehen, um sich die Mittel zur Unterstützung ihrer Brüder zu verschaffen. Nur die Arbeiter der Gruben Cockerill erklärten, im Strite zu beharren. Dadurch, daß die Grubenleute ihr Versprechen hielten, wurde der Strite in bestimmte Grenzen eingeschlossen.

Die Versammlung währte bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr und ging friedlich und ruhig auseinander, ganz natürlich, da keine Uniform an der Versammlung theilnahm, obwohl dieselbe öffentlich war.

„Wir gingen,“ berichtet Hins weiter, „nach dem Bahnhof. Es war $\frac{1}{4}$ 9 Uhr und wir hörten, daß wir bis zum Abgang des Zuges nach Lüttich noch $1\frac{1}{4}$ Stunden Zeit hätten. Wir verließen die Station, um bei einem Glase Bier zu warten. Kaum hatten wir vier Schritte gemacht, da nöthigte uns ein Kavallerie-Angriff, uns schleunigst wieder zurückzuziehen. Wenige Schritte von uns fiel ein Mann, von einem Säbelhieb getroffen.“

Nachdem wir 5 Minuten gewartet, verließen wir, ungeduldig, so eingesperrt zu sein, die Station durch die Thüre nach der Straße zu und stürzten uns in eiligem Lauf in das einige Schritte entfernte Café Montulat. Wir waren kaum einige Minuten daselbst, als ein Lütticher Kamerad, der sich einigwohlt fühlte, die Thüre öffnete, um hinauszugehen. Plötzlich stößt er einen Schrei aus und taumelt, von einem Bayonnet in die Seite gestochen, zurück. Herr Montulat und ein Anderer führen ihn rasch weg. Während sie ihn aufrecht halten, dringt ein Gensdarm in den Vorsaal und sticht Montulat mit dem Bayonnet in die Schulter. Voll Blut treten beide wieder ein; die Frauen schreien voll Verzweiflung; man schließt die Thüre der Schenke und wir sind gefangen.

Als wir, von der Ungeduld getrieben, nach einer halben Stunde die Thüre halb öffneten, war die Straße frei, soviel sich in der Finsterniß wahrnehmen ließ. Wir stürzten hervor und gelangten ungehindert nach der Station. Im Wartesaal sehen wir einen halbnaakten und mit Blut bedeckten Mann. Es war ein Arbeiter, der drei Bayonnetstiche in den Rücken bekommen hatte. Wir gehen nach der Seite der Straße hinaus, da sitzen zwei Verwundete. Der Eine, ein Waffenfabrikant aus Lüttich, war mit Kolbenschlägen fast getödtet, der Andere hatte einen Bayonnetstich in der Seite. Die Gensdarmmerie kam, wie es schien, um die Reisenden auf dem Bahnhofe anzufassen. Auf die Bemerkung eines Aufsehers, daß die Leute hier Reisende wären, erwiderte der Führer: „Schweigen Sie, das geht Sie nichts an,“ und sie gingen an, aufs Geradewohl um sich zu hauen.

Während man mir dies erzählte, hören wir im Sturmschritt anrückende Truppen und zwei Männer rufen, vor Schmerz heulend, in den Bahnhof herein, der eine mit einem Bayonnetstich durch den Arm, der andere an der Seite verwundet. Kaum hatten wir Zeit, uns zurückzuziehen, da kündigt uns Pferdegallopp ein Cavallerie-Angriff an. In diesem Augenblicke waren 200 Personen im Bahnhof; dieselben wurden nach den drei Thüren des Stationsgebäudes, die unter

dem Anprall zerbrachen. Man hätte nur das Angstgeschrei, besonders der zahlreichen Frauen, hören sollen! Und es war thatsächlich Grund vorhanden, zu befürchten, daß man uns bis in das Gebäude hinein verfolgen würde, denn die blinde Wuth, welche die Gensdarmen zeigten, schien zu beweisen, daß die Elenden betrunken waren.

Man kann sich keine Vorstellung von der Wuth machen, welche die im Bahnhof eingeschlossenen Leute erfüllte, als sie sich durch Diejenigen verfolgt sahen, die für die Verteidiger der Ordnung gehalten werden. Alle diese Meucheleien wurden ungestraft begangen, und doch hatte damals Seraing das Glück, den erleuchteten Herrn Dubois, königlichen Staatsanwalt, in seinen Mauern zu haben. Was that denn damals dieser erleuchtete Beamte? Gewiß machte er einigen Arbeitern den Prozeß, die Fensterscheiben zerbrochen hatten, und dieses wichtige Geschäft verhinderte ihn, so unbedeutende Kleinigkeiten, wie diese Meucheleien zu beachten. — Nur ein Mann theilte nicht die allgemeine Entrüstung.

Er gehört zu den „Zufriedenen“, die keine Ungerechtigkeit in Bewegung setzen kann. Ein Lütticher, der ihn kennt, eilt auf ihn zu und sagt: „Nun, was sagen Sie zu diesen Schenkslichkeiten?“ — „Schweigen Sie, Sie reden Unsinn.“ — „Wie, sehen Sie nicht, daß man die Arbeiter niedermegelt?“ — „Nun, man hat Recht, sie haben es ganz verdient.“

Wir geben diesen Mann der Bewunderung von ganz Europa preis: Seine Adresse ist: „Adolp Malherbe, Waffenfabrikant, Quai St. Leonhard in Lüttich.“

Endlich langte der Zug an, und die Menge stürzte sich in die Wagen, glücklich, diesem Schauplatz von Abscheulichkeiten zu entinnen.“

Sobald Hins und seine Begleiter nach Lüttich zurückgekommen waren, beeilten sie sich, über den türkischen Angriff, den sie im Café Montulat selbst erlebt hatten, ein Protokoll aufnehmen zu lassen. Hins schließt seinen Bericht mit der Befürchtung, daß die Gerechtigkeit nicht die Urheber so vieler Verbrechen, sondern, wie gewöhnlich, die Opfer verfolgen werde, und erklärt, daß er sich in beiden Fällen, als Zeuge melden werde. (Dem unbequemen Zeugen hat man den Mund gestopft — Hins ist verhaftet. D. H.)

Die Gräuelszenen vom Freitag, Sonnabend und Sonntag Abend wiederholten sich, wenn auch in etwas geringerem Maßstabe, am Montag Abend. Vor allen Truppen zeichneten sich durch ihre Roheit die Gensdarmmerie aus; als Muster der Soldaten leuchteten hinsichtlich des Uebermuthes und der Grausamkeit die Offiziere hervor. — Am Dienstag begnügte man sich damit, der Besitzerin des Lokals, in welchem die Sektion der Internationalen zusammenkommt, durch zwei Offiziere anzukündigen, daß man ihr eines schönen Tages das Haus demoliren werde. —

Aus England.

London, den 25. April.

Wie die industrielle Bourgeoisie die Bevölkerung der Welt zivilisirt. In Aegypten, heißt es, machen die christlichen Missionen erfreuliche Fortschritte. Vielleicht hat der Bizekönig entdeckt, daß christliche Sklaven noch viel gedulger sind, als mohamedanische, und die Klasse der arbeitenden Sklaven auf eigene Kosten fortpflanzen. Wie unzivilisirte Völker, die sich weigern, die Religion des ewigen Friedens anzunehmen, von der Wahrheit und dem göttlichen Ursprunge des christlichen Friedens-Evangeliums überzeugt werden, beweisen die Vorgänge in Abyssinien. In China hat jeder Missionär ein Kanonenboot hinter sich. Der Herzog von Somerset, der Marineminister des letzten liberalen Ministeriums, rief vor einigen Tagen im Oberhause aus: „wenn Ihr die Kosten der Marine einschränken wollt, so müßt Ihr vor Allem eure christlichen Missionen im Orient einschränken.“ Die Missionäre, von welchen die „Times“ sagt, daß sie die unvorsichtigsten, unerfahrensten und streitsüchtigsten Menschen sind, die es giebt,

... mit den Eingeborenen an, und die jungen Offiziere auf den verschiedenen Stationen machen sich ein besonderes Vergnügen daraus, mit 50 oder 60 Kaufbolben einzufallen und die Widerspenstigen zu mißhandeln. Lord Clarendon, der gegenwärtige Minister des Aeußern, bestätigte dieses und fügte hinzu: „wir sind beständig am Vorabend eines Krieges und dieses wird so lange dauern, als die Regierung verpflichtet ist diese Wagehälse zu beschützen.“ In der neuesten Welt, in dem fünften Welttheil der Erde, breitet sich die englische Zivilisation ein wenig anders aus. Die Eingeborenen von Neuseeland und Polynesien sind noch nicht hinreichend entwickelt um das christliche Evangelium zu verstehen und die Erde, auf welcher sie leben, für das Himmelreich, nach dem Tode, zu vertauschen. Dort sind Radikalmittel nöthig. Der Durst der neuseeländischen Kolonisten nach Land treibt dieselben hinaus über die bereits von der englischen Zivilisation in Beschlag genommenen Flächen. Leisten die Eingeborenen Widerstand, so werden sie todtgeschlagen. Merkwürdigerweise gehören die Todtschläger dort einer Klasse von Leuten an, die in der alten Welt für gebildet gelten, es sind die Clerks (Commis, Buchführer, Handelsgesellen) von Profession. Dieselbe Klasse von Leuten suchte vor einiger Zeit in den Londoner Zeitungen zu beweisen, daß ihr Gehalt nicht hinreichte, um zu heirathen und eine Familie zu ernähren, sie sind daher gegen das Heirathen und bilden die Hauptquelle zur Erhaltung der Prostitution. Sie haben weder den Muth mit Schwierigkeiten zu kämpfen, wie die Arbeiter, noch die Mittel, den Herrn zu spielen. Ihre Rache aussterben zu lassen, ist das Allerbeste was sie thun können, sie haben keine Zukunft. Sie sind die Aschenbrödel der Kapitalisten, mit der Herrschaft des Kapitals müssen sie verschwinden. Eingeweiht in alle Kniffe der kapitalistischen Geschäftsführung, sind sie in solchem Ueberfluß vorhanden, daß Leute, die Geschäften vorzuziehen haben, wo Hunderttausende durch ihre Hände gehen, sich mit 150 Pfd. St. das Jahr begnügen müssen. In diesem Augenblick ist der Name eines gewissen Benjamin Higgs in allen Zeitungen groß gedruckt zu lesen. Dieser war Commis und Buchführer einer großen Londoner Gascompagnie, deren Direktoren sich nicht einmal die Mühe nahmen, die Bücher zu untersuchen. Higgs führte die Rechnungen und sorgte für die Dividende*) der Aktionäre — für 150 Pfd. St. das Jahr. Higgs verheirathete sich, sprengte aus, daß er ein Vermögen ererbt habe, führte ein großes Haus in der Umgebung von London und eignete sich im Verlauf einiger Jahre 70,000 Pfd. St. an. Er ist jetzt flüchtig und eine Armee von geheimen Polizei-Agenten ist auf den Beinen, ihn zu fangen.

Aber nicht Alle sind so glücklich, wie Higgs; Viele können nur keinen Preis Stellen finden, sie wandern aus. Der australische Times-Korrespondent sagt: „Es sind die jungen Söhne der Bourgeoisie, die total unfähig sind, ihren Lebensunterhalt durch irgend eine nützliche Beschäftigung zu erwerben, die, nachdem sie ihre paar mitgebrachten Thaler verjubelt haben, sich anwerben lassen, um die Eingeborenen für fünf Schillinge den Tag zu tödten, während der Zimmermann u. s. w. das Doppelte verdient. Der Times-Korrespondent legt besonderes Gewicht darauf, daß sich nur Engländer in dieser Lage befinden. „Die Deutschen und Amerikaner,“ sagt er, „besitzen stets so viel Geschick, irgend eine nützliche Handthierung zu verrichten, welche so viel einbringt, daß sie ihr Leben fristen können.“ So erweitert der Auswurf der englischen Arbeiter-Ausbeutung das Feld der Ausbeutung, und es finden sich Wagehälse, welche auf die Eingeborenen förmlich Jagd machen und die Kolonisten mit billigen menschlichen Lastthieren versehen, den auf diese Weise eroberten Boden zu bearbeiten. Die englischen Arbeiter halten sich für ebenbürtig und verlangen ihren Lohn, welches den jungen Land-Eigenthümern zu beschwerlich ist; sie schicken daher Menschenfänger aus, die sie mit wohlfeileren Arbeitern versehen.

*) Der zur Vertheilung kommende Geschäftsgewinn.

Nach den letzten Nachrichten aus Sidney ist ein Schiffskapitän nebst zwei seiner Untergebenen gefänglich eingezogen worden, weil sie auf einer Reise von der Neu-Hebridischen Inselgruppe nach Fidshi drei Eingeborene, die revoltirten, erschossen hatten. Sie brachten 230 eingeborene Polynesier (worumter sechs Weiber), die sie eingefangen hatten, nach Fidshi. Das Werk der Einfangung war in fünf Wochen vollendet worden und brachte 1200 Pfd. St. ein. Die drei Ermordeten hatten die Zelle, in welcher sie gefangen gehalten wurden, durchbrochen, um sich zu befreien. Das Schiff war auf dem Punkt, für eine zweite Expedition abzufegeln, als der Kapitän festgenommen wurde.

In den letzten Tagen ist im Unterhause eine neue Bill zum Schutze der Bergarbeiter eingebracht worden. Nach diesem Gesetz-Entwurf soll in Zukunft kein Kind unter 12 Jahren alt mehr in irgend einem Bergwerk beschäftigt werden, und kein Junge zwischen 12 und 16 Jahren alt darf mehr als zwölf Stunden hinter einander unter der Erdoberfläche bleiben. Weibliche Personen dürfen in Zukunft nur auf der Erdoberfläche beschäftigt werden und sollen unter der Wertstellen-Akte stehen, nach welcher nicht länger als 10 1/2 Stunde während fünf Tagen der Woche und Sonnabends nicht länger als bis 2 Uhr Nachmittags gearbeitet werden darf. Kinder unter 12 Jahren dürfen nur 6 1/2 Stunden täglich arbeiten und müssen wöchentlich 10 Stunden Schulunterricht, der sich über mehrere Tage ausdehnen muß, genießen. Ferner soll verboten werden, daß der Arbeitslohn in Bierhäusern, oder anders als in baarem Gelde ausbezahlt wird und das Material muß in Beisein eines von den Arbeitern genannten Zeugen gewogen werden.

Mehrere große Kohlenbergwerksbesitzer haben ihren Arbeitern Notiz gegeben, daß sie den Arbeitslohn um 10 Prozent vermindern wollen, und die Baumwollenfabrikanten von Ost-Yorkshire haben eine Lohnherabsetzung um 5 Prozent angezeigt. In Stockport, wo sich 60 Fabriken befinden, die unter gewöhnlichen Umständen 18,000 Personen beschäftigen, stehen 21 Fabriken mit einem Arbeiterpersonal von 4000 still; 24 mit einem Arbeiterpersonal von 10,000 arbeiten halbe Zeit und nur 6 mit 2000 Arbeitern arbeiten volle Zeit. In den Baugeschäften von London wird ebenfalls von Lohnherabsetzung gemunkelt. Das ist die viel besungene „Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse.“ Und dennoch sind die Hausmieten höher als je, ist das Volk in seinen Wohnungen mehr zusammengedrängt als je, und ist mehr Kapital vorhanden als je. Lord Overstone, der ehemalige Bankier Jones, sagte vor einigen Tagen im Oberhause, England sei das reichste Land der Erde, es leihe Geld an alle Nationen und die jährliche Kapital-Ersparung belaufe sich auf nicht weniger als 150,000,000 Pfund Sterling. Ist das nicht ein Zeichen, daß die Kapitalisten viel zu viel erhalten, die Arbeiter aber viel zu wenig? Ist die Armuth der einen nicht das unmittelbare Resultat des Reichthums der anderen Klasse? Tausende fliehen von ihrer Heimath, wie die Ratten von einem sinkenden Schiff, und was finden sie in der neuen Welt? Nach einem Bericht von Welles, einem amerikanischen Staatsbeamten, sind die Preise der Lebensbedürfnisse in den Vereinigten Staaten seit 1860 um 78 Prozent gestiegen, der Arbeitslohn dagegen nur um 50 Prozent bei den einfachen*) Arbeitern, und um 60 Prozent bei den geschickten*) Handarbeitern.

In den ersten drei Monaten d. J. wanderten aus England über 25,000 Personen aus — eine unerhörte Anzahl für die Wintermonate. Welles sagt: „Der Pauperismus von Amerika vermehrt sich schneller, als die Bevölkerung; die Einwanderung aus Europa trägt unmittelbar dazu bei, das Elend in den östlichen Staaten zu vermehren.“

*) Einfache Arbeiter, d. h. solche, deren Arbeit so einfach ist, daß sie verrichtet werden kann, ohne daß es einer langen Anlernung, einer langen Lehrzeit bedarf — zum Unterschied von den geschickten (skilful) Arbeitern, die eine lange Lehrzeit durchgemacht haben müssen, ehe sie arbeiten und schließlich etwas verdienen können.